

Herrn  
Dr. Matthias Fabian  
Baden-Württembergische Versorgungsanstalt  
Postfach 2649  
72016 Tübingen

Sehr geehrter Herr Dr. Fabian,  
sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsrats,

Ihr Brief vom 9.11.2021 bedarf leider in vielen Punkten der Korrektur. Der Vorwurf der Verbreitung falscher Tatsachen fällt vollständig auf Sie zurück.

1. Ich habe bereits im Jahr 2019 aus zuverlässiger Quelle in der VA die Information erhalten, dass die Ehrenamtsentschädigung von Frau Hemberger auf mehr als 200.000 Euro pro Jahr erhöht wurde. Der Bericht der Stuttgarter Zeitung, wonach die Entschädigung 250.000 Euro pro Jahr betragen soll, ist daher für mich glaubwürdig. Das bisherige Dementi, diese Angabe sei falsch, könnte auch bedeuten, dass sie bei 249.000 Euro liegt. Ein Ehrenamt derart zu dotieren, kann in einer Anstalt mit öffentlichem Auftrag nicht angehen. Verbreiten Sie die richtigen Tatsachen, damit sich die Öffentlichkeit ein Bild machen kann.
2. Die VA hat zu keinem Zeitpunkt ein „weit reichendes Angebot“ für einen Stadtteiltreff gemacht. Im Gegenteil. Auch das verbesserte Angebot sah vor, dass der Stadtteiltreff nach 20 Uhr und an Sonntagen geschlossen sein sollte. Damit hätte er seine Funktion schlicht nicht erfüllen können, denn ein Treff muss auch für Berufstätige, Sitzungen und private Kleinveranstaltungen offenstehen.
3. Die Verhandlungen über die Öffnungszeiten sind nie zu einem Abschluss gekommen. Ich hatte nach Prüfung in der Verwaltung der Frau Präsidentin per Mail berichtet, dass wir zumindest an drei Abenden in der Woche und zwei Sonntagen im Monat eine Öffnung des Treffs benötigen. Es war also die Stadt, die einen weit reichenden Kompromissvorschlag gemacht hat. Dieser wurde in der Sache gar nicht mehr beantwortet. Vielmehr teilt mir Frau Präsidentin mit, dass alle Verhandlungen gescheitert seien, weil sich die Initiative für den Stadtteiltreff an die Öffentlichkeit gewandt hatte und der daraus folgende Bericht und Kommentar im Schwäbischen Tagblatt dem Ansehen der VA schade. Die Botschaft war schlicht: Wer uns öffentlich kritisiert, bekommt erst recht nichts.

4. Die Forderung, den vom Ersteller des Objekts mündlich vereinbarten Mietvertrag für den Stadtteiltreff zu erfüllen, war nicht meine, sondern die der Stadt. Hierzu wurde ein einstimmiger Beschluss im Gemeinderat gefasst. Ärzte im Gemeinderat sagten, sie schämten sich für das Vorgehen ihres Versorgungswerks. Ihr Versuch, mir in die Schuhe zu schieben, es sei mir nicht um den Stadtteiltreff, sondern um die Förderung meines politischen Ansehens gegangen, ist angesichts dieses Gemeinderatsbeschlusses eine unzulässige Grenzüberschreitung, die ich zurückweise. Dies steht in einer Reihe mit der eindeutigen Empfehlung der VA-Führung, CDU oder FDP zu wählen, weil nur diese sich zu den Sonderrechten der VA als eigene Anstalt bekennen. Die VA-Führung agiert hier wie ein Staat im Staate.
5. Ihr Versuch, meine Intervention als Wahlkampf abzutun, scheitert an der Tatsache, dass die aktuelle Debatte über die VA nicht von mir ausging. Sie geht vielmehr auf eine Gruppe kritischer Ärzte zurück, die mit ihrer Forderung nach mehr Transparenz insbesondere im Hinblick auf die Entschädigung der Präsidentin an die Öffentlichkeit gegangen ist. Zum anderen geht es aktuell um die Gründung eines Personalrats in der VA. Hier wurde die Öffentlichkeit dadurch hergestellt, dass unser Bundestagsabgeordneter Dr. Rosemann die „Schirmherrschaft“ für diese Gründung übernommen hat. Dass dies darüber hinaus mittlerweile höhere Wellen schlägt, ist einzig und allein der Tatsache geschuldet, dass sich die VA öffentlich gegen die Bezeichnung „Schirmherr“ verwahrt hat und sich Dr. Rosemann in diesem Zusammenhang gegen Aussagen der VA wehren musste, die er öffentlich als falsch bezeichnet hat. Im Übrigen befinden sich weder Dr. Rosemann noch ich aktuell im Wahlkampf.
6. Berichte in der Stuttgarter Zeitung legen den Schluss nahe, dass Frau Präsidentin die Methoden, die ich bereits in der Auseinandersetzung mit der Stadt kennen gelernt habe, auch in diesem Fall einsetzt. In der Auseinandersetzung mit der Stadt wurde eine Medienberatung engagiert, die sicher mehr gekostet hat als der Stadtteiltreff jemals an Schaden für die VA bedeutet hätte. Auch Dr. Rosemann wurde von einer entsprechenden Medienberatung kontaktiert, die ihm nahelegen sollte, seine Schirmherrschaft aufzugeben. Warum der Beschäftigte, der die Initiative zur Gründung eines Personalrats ergriffen hat, bei vollen Bezügen beurlaubt wurde, ist nach wie vor unklar. Für diesen Fall wurde ebenfalls eine teure Kanzlei engagiert, die auf Arbeitgeberseite im Umgang mit „missliebigen“ Mitarbeitern bekannt ist und einen entsprechenden Ruf genießt. Für eine öffentliche Institution ein skandalöser Vorgang.

Seit der Auseinandersetzung über den Stadtteiltreff wurde ich vielfach von verschiedenen Personen aus der VA kontaktiert, die mir gravierende Missstände in der VA dargelegt haben. Ich habe dies zur Kenntnis genommen, aber nicht veröffentlicht. Dies ist ohne mein Zutun erfolgt. Nachdem nun aber eine solche Reihe von schweren Vorwürfen öffentlich ist, halte ich es sogar für meine Pflicht, Ihnen zu verdeutlichen, dass der gesetzliche Auftrag, die Gelder von Versicherten zu verwalten, nicht mit ihrem Handeln vereinbar ist.

Der Auftrag der VA ist nicht, Projekte des sozialen Zusammenhalts zu verhindern. Der Auftrag der VA ist nicht, Wahlempfehlungen auszusprechen. Der Auftrag der VA ist nicht, politische Mandatsträger mit unhaltbaren Vorwürfen zu überziehen. Der Auftrag der VA ist nicht, Personalratsgründungen zu erschweren. Der Auftrag der VA ist nicht, Versichertengelder an teure Kanzleien und Berater

zu bezahlen, um Konflikte zu bewältigen, die gar nicht entstanden wären, wenn die VA ordnungsgemäß geführt würde.

Dass die Rechtsaufsicht durch das Ministerium bisher keinen Grund zum Einschreiten sah, bedauere ich. Möglicherweise sind alle Schritte auch juristisch so gut abgesichert, dass hier kein Ansatzpunkt besteht. Demnach können nur die Selbstheilungskräfte der Ärzteschaft eine Besserung bewirken. Das Privileg eines eigenen Versorgungswerks für Menschen mit hohem Einkommen würde gegenüber denjenigen, die solidarisch in die Versicherung für Pfleger, Reinigungskräfte und medizinische Assistenten einzahlen, ein Mindestmaß an sozialer Verantwortung erfordern. Die öffentlich bekannten Auseinandersetzungen in und mit der VA lassen das leider nicht erkennen. Es steht in Ihrer Verantwortung, das zu korrigieren.

Mit freundlichen Grüßen

Boris Palmer  
Oberbürgermeister